

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-, Europa- und Nahostpolitik

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2007

■ MUSICA PRO PACE 2007

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2007-2008:

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Daniela De Ridder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte [bis 30. Sept. 2007],
Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotrophologie, Fachhochschule Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redakt. Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tefik Goektepe, Titelmotiv: Skulptur »Non Violence« des schwedischen Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd. Foto: Viveca Flodén, Malmö.

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:

- der Oldenburgischen Landesbank AG
- der RWE Westfalen-Weser-Ems AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Bibliothek – Bibliografische Information:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2008

© 2008 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-89971-517-9

ISSN: 0948-194-X

[nur Buchhandelsausgabe]

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2007

<i>Islam in der (Selbst-)Kritik – Chancen für einen zukunfts- fähigen Glauben der Muslime in Deutschland und Europa?</i> Mit Seyran Ateş, Aydan Özoguz und Rabeya Müller	17
<i>Rechtsextremismus in Deutschland: Soziale Krise, politische Handlungsunfähigkeit und Nazi-Ideologie</i> Mit Uwe-Karsten Heye, Jörg Schönbohm und Jürgen W. Falter.	39
<i>Libanon zwischen den Fronten – Wie kann der Friede in der Region gewonnen werden?</i> Mit Volker Perthes und Rami G. Khouri	63
Jakob von Uexküll, London / Hamburg <i>Globale Herausforderungen für Erde und Menschheit: Welche Antworten sind notwendig?</i>	85
Hans-Gert Pöttering, Brüssel / Straßburg <i>Europa sieht Deutschland: 50 Jahre europäische Einigung als Friedensprozess</i>	93
Mahmoud H. Zakzouk, Kairo <i>Der Islam und der Westen: Keine Zukunft ohne Zusammenarbeit</i>	107
<i>Diskussion im Anschluss an den Festvortrag zum Osnabrücker Friedenstag</i> Mit Mahmoud H. Zakzouk, Christof Haverkamp, George Khoury	123

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2007**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Jean-Baptiste Lully: ›Quare fremuerunt gentes‹ und
Sébastien de Brossard: ›Canticum pro pace‹ 137*

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Maria Kreiner, Osnabrück
*Rechtsradikalismus als Antwort auf eine gesellschaftliche Krise -
ein Erklärungsversuch nach Hannah Arendt 145*

Torsten Bewernitz, Münster / Andrea Nachtigall, Berlin
*Vom multikulturellen Sozialarbeiter zum stillen Profi –
Soldatenbilder zwischen Kosovokrieg und ›Krieg gegen den Terror‹ 167*

Rainer Werning, Köln
*Der Archipel Suharto. Vor einem Jahrzehnt endete in Indonesien
die Ära eines vom Westen in Zeiten des Kalten Krieges hofierten
Despoten 181*

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 201
Abbildungsnachweis 207

Editorial: Konflikte auf Dauer?

Die Pistole mit dem verknoteten Lauf, abgebildet auf dem Einband der diesjährigen Ausgabe des *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft*, soll eine Mahnung sein: *Carl Fredrik Reuterswärd*, der 1934 in Schweden geborene Schöpfer der Skulptur, gab ihr den Titel *Non violence* – Gewaltlosigkeit. Sie ist demnach als ein Appell zur Friedfertigkeit zu verstehen, als ein Plädoyer dafür, auf jeden Fall Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Interessen aus dem Spiel zu lassen. Anders jedoch, als es das andere, ältere Symbol des Friedens, die Friedenstaube, als Gegenbild der Reinheit und Unschuld gegen Gewalt und Krieg Position bezieht, zeigt Reuterswärds Skulptur die Realität der Existenz von Gewaltmitteln sofort auf den ersten Blick, naturalistisch und zugleich in Übergröße: Das Gewaltmittel selbst steht auf dem Sockel, aber der ›Denkmal-Effekt, der Fingerzeig, gilt der subversiven Tat, die Waffe unbrauchbar gemacht zu haben.

Diese Mahnung an die Menschheit entstand im Zeitalter der Abrüstung, während des ›Kalten Krieges‹. Das bessere Wissen, die höhere Vernunft sollten endlich – noch dazu auf befreiend humorvolle Weise – über die Gewaltmaschinerie triumphieren, die mit einem klassischen Revolver allerdings bedeutend weniger furchteinflößend dargestellt ist, als es die Interkontinentalraketen der Atomkräfte in diesen Jahren waren.

Einen von bisher 11 Abgüssen des Werks erhielten im Jahr 1988 die Vereinten Nationen als Geschenk des Großherzogtums Luxemburg, eines Mitgliedstaats, dem naturgemäß jegliches ›Säbelrasseln‹ fernliegt. Seither wird auf dem Vorplatz des UN-Hauptquartiers an der First Avenue in New York den Besuchern ein Ideal der *United Nations* anschaulich: die durch Verhandlungen und Vereinbarungen zu erzielende, weltweite Regelung von Konflikten, die Schaffung von Frieden und die Abschaffung von Kriegen.

Die Geschichte der UN-Friedensmissionen zeigt indessen, dass auch diese nicht ohne militärische Bewaffnung auskamen. Bereits die im Oktober 1945 verabschiedete UN-Charta sieht in Kapitel VII ein *peace enforcement*, »friedenerzwingende« Maßnahmen vor, also Militäraktionen der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens. Mangels eigenen militärischen Potentials aber wurden durch Mandate des Sicherheitsrates immer wieder Mitgliedstaaten mit

solchen Maßnahmen beauftragt oder beanspruchten ein solches Mandat für sich und konnten es politisch durchsetzen. Wären diese Aktionen metaphorisch als ›Verknötung‹ von Waffen zu fassen? Haben sie die Militärationen der Konfliktparteien zum Stillstand bringen können? Verlauf, Erfolg und Misserfolg der UN-Friedensmissionen wären im Einzelnen zu überprüfen.

Die Ambitionen der mit einem Mandat des Sicherheitsrates ausgestatteten Staaten, insbesondere der USA und der NATO im noch laufenden »Krieg gegen den Terror« etwa in Afghanistan, gehen indessen deutlich über das Ziel hinaus, die Waffen eines Gegners unbrauchbar zu machen. Vielmehr werden die weit reichenden Ordnungsansprüche der häufig als ›Weltpolizisten‹ attribuierten Weltmacht USA und ihrer NATO-Verbündeten, darunter Deutschland, erkennbar. Es ist also nicht als ein Mangel an militärischer Stärke bzw. als ein Defizit an geeigneten Gewaltmitteln zu werten, wenn trotz überlegener militärischer Stärke des Westens eine Reihe von weltpolitischen *Dauerkonflikten* die Agenda der öffentlichen Debatten bestimmt. Dazu zählen die Politiker u.a. das aufgrund hoher Einnahmen aus Rohstoff-Verkäufen wieder zunehmende weltpolitische Gewicht Russlands, ferner die sich abzeichnende, stärkere Rolle Chinas als künftige wirtschaftliche Supermacht sowie die Unberechenbarkeit einer zwar in unterschiedliche Souveränitäten und Glaubensbekenntnisse gegliederten, aber – im Falle der Durchsetzung fundamentalistischer Kräfte und Volksbewegungen – im Zeichen Allahs potentiell geeinten ›islamischen Welt‹.

Die vorliegende Ausgabe des Jahrbuchs der Osnabrücker Friedensgespräche behandelt einige jener Konflikte, an deren Latenz man sich bereits gewöhnt zu haben scheint. Einmal mehr sei an das Diktum vom »*clash of civilizations*« erinnert, den ›Zusammenstoß der Kulturen‹, den *Samuel Huntington* zu Beginn der 1990er Jahre prognostizierte und der sich seither – siehe oben – offensichtlich zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung materialisiert hat.

Dementieren hilft da nicht, so ist zu befürchten. Aber was könnte denn Besseres getan werden, als dem Publikum in den wie von einem bösen Fluch betroffenen Ländern zu erklären, dass ein ›Zusammenstoß der Kulturen‹ vermieden werden muss, weil eine erstrebenswerte gemeinsame Zukunft nicht ohne Zusammenarbeit möglich ist?

Es war der ägyptische Religionsminister *Mahmoud Zakzouk*, der diese elementare Botschaft im Rahmen der Osnabrücker Friedensgespräche im Oktober 2007 überbrachte. Sein Plädoyer für die »Respektierung der Rechte aller Menschen und Völker«, für die »Anerkennung des Anderen in seiner Menschlichkeit«, für die »Bekämpfung der Armut«, für »echte globale Solidarität« hätte auch jedem deutschen Politiker zur Ehre gereicht. Seine Aufforderung aber, die »Verschiedenheit der Menschen, der Völker und der Kulturen nicht wirklich als ein Hindernis für das gegenseitige Verstehen und die Zusammenarbeit zu betrachten«, trifft hierzulande nicht selten auf Misstrauen und Unglauben, wenn sie aus dem Munde eines vermeintlich Fremden kommt. Minister Zakzouk traf

indessen auch diesen Nagel auf den Kopf, als er sagte: »Furcht und Hass sind – vor allem, wenn man sich ihres Ursprungs nicht bewusst wird – das eigentliche Problem, das einer besseren Verständigung und Zusammenarbeit im Wege steht.«

Es gelte, so der als »Brückenbauer« zwischen den Welten eingeführte Festredner anlässlich der 359. Wiederkehr des Westfälischen Friedensschlusses in seiner Ansprache, das »zerstörte Vertrauen zwischen beiden Welten wiederaufzubauen« – wozu die Osnabrücker Friedensgespräche an diesem Abend hoffentlich einen kleinen Beitrag leisten konnten.

Dieser Schlüssel passt gewiss auch in das Türschloss der Integrationsproblematik, die mit der Podiumsveranstaltung »Islam in der (Selbst-) Kritik – Chancen für einen zukunftsfähigen Glauben der Muslime in Deutschland und Europa?« bei den Friedensgesprächen aufgegriffen wurde. Mit *Seyran Ateş*, *Aydan Özoguz* und *Rabeya Müller* diskutierten eine konvertierte und zwei »geborene« Musliminnen mit divergierenden Perspektiven zum Islam. Es ging um Reformbedürfnisse der Glaubensausübung einer zugewanderten, zahlenmäßig immer bedeutenderen Bevölkerung aus islamisch geprägten Herkunftsländern und ihrer in Deutschland geborenen Kinder und Kindeskinde. Die Reizworte der Debatte – Verschleierung, Zwangsheirat, Ehrenmorde, (gegenseitige) mangelnde Integrationsbereitschaft, Grundgesetz und / oder Scharia, säkulare Bildung *versus* religiöse Indoktrination, Entfremdung von der eigenen Kultur, divergierende Toleranzbegriffe – sind beständig und inzwischen vielen geläufig: So sieht ein Dauerkonflikt aus, der noch über Generationen ständiger Bearbeitung bedarf.

Ein weltpolitischer Dauerkonflikt, der bereits *seit* Generationen Aufmerksamkeit beansprucht, ist die teils kriegerisch, teils politisch ausgetragene Konfrontation Israels mit seinen Nachbarstaaten bzw. deren Bevölkerungen im Nahen Osten. Der von der Armee Israels gegen die militärische, schiitische Hisbollah-Organisation im Libanon geführte 33-tägige Krieg offenbarte die prekäre Souveränitätsschwäche des Libanon, dessen Bevölkerung gegen ihren Willen von den Kriegsparteien in die Kampfhandlungen gezogen wurde bzw. zu deren zivilen Opfer wurde. Unter dem Titel »Libanon zwischen den Fronten – Wie kann der Friede in der Region gewonnen werden?« diskutierten der libanesischer Publizist *Rami Khouri*, Direktor des *Issam Fares Institute for Public Policy* an der *American University of Beirut*, und der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, *Volker Perthes*, unter Leitung der in Beirut ansässigen Journalistin *Birgit Kaspar* die entstandene Lage, die Friedensperspektiven und die Konsequenzen für die Beteiligten wie die unbeteiligten, aber in Mitleidenschaft gezogenen Parteien.

Auch die deutsche Beteiligung von Bundeswehr-Marineeinheiten an der internationalen *United Nations Interim Force* im Libanon (UNIFIL) kam bei diesem Friedensgespräch zur Sprache. Die Rolle deutscher Patrouillenboote vor

der Küste des Libanon ist allerdings mit der deutschen Beteiligung an den UN- bzw. NATO-Einsätzen auf dem Balkan oder aktuell in Afghanistan schwerlich zu vergleichen. In der Berichterstattung über diese Einsätze und in der Selbstdarstellung der Bundeswehr fanden *Torsten Bewernitz* und *Andrea Nachtigall* gleichwohl ein hochinteressantes Material. Ihr Beitrag »Vom multikulturellen Sozialarbeiter zum stillen Profi – Soldatenbilder zwischen Kosovokrieg und »Krieg gegen den Terror« zeichnet die Wandlungen des Bildes vom deutschen Soldaten in der Öffentlichkeit und im Selbstverständnis nach.

Nach seinem im letzten Jahrbuch der Friedensgespräche abgedruckten Beitrag über Korea trägt Ostasienexperte *Rainer Werning* zum aktuellen Band die spannende Fallstudie »Der Archipel Suharto. Vor einem Jahrzehnt endete in Indonesien die Ära eines vom Westen in Zeiten des Kalten Krieges hofierten Despoten« bei. Erkennbar werden Funktionsprinzipien westlicher Außenpolitik, bei denen unter Anwendung eines vordergründigen Nutzenkalküls im Zweifel die daheim hoch gehaltenen politischen Werte der Demokratie geopfert werden.

Dass die Regierung der Arabischen Republik Ägypten ein Problem mit den fundamentalistischen Muslimbruderschaften in ihrem Land hat, war wiederholt auch den deutschen Medien zu entnehmen; dass auch Deutschland mit den Aktivitäten einer unliebsamen, hier völkisch-nationalistischen Partei umgehen muss, die den Furor Nazi-Deutschlands wieder salon- bzw. diskursfähig machen möchte, ist uns gerade gegenüber ausländischen Beobachtern oder Gästen mehr als unangenehm. Die scheinbar nicht zu stoppende Fortdauer dieser, wie sie sich selbst gern geriert, »nationalen Opposition« ist ganz offensichtlich ein »Konflikt auf Dauer« für eine Demokratie, die ihre Interessen unter den Voraussetzungen eines zunehmend entgrenzten Wirtschaftsraums definiert und zugleich Teilen der eigenen Gesellschaft nicht plausibel machen kann, dass auch sie davon profitieren. Die Podiumsveranstaltung »Rechtsextremismus in Deutschland: Soziale Krise, politische Handlungsunfähigkeit und Nazi-Ideologie« mit *Uwe-Karsten Heye*, dem Vorstandsvorsitzenden des Vereins »Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V.«, dem brandenburgischen Innenminister *Jörg Schönbohm* und dem Mainzer Parteienforscher *Jürgen W. Falter* ging der Frage nach dem Potential rechtsradikaler Organisationen sowie den Möglichkeiten von Prävention und rechtsstaatlicher Verfolgung von Straftaten nach. Einigkeit ließ sich betreffs regionaler Verbreitung, Altersstrukturen der Aktiven, notwendiger staatlicher und zivilgesellschaftlicher Initiativen herstellen. Dass Rechtsradikalismus und Neonazis in Deutschland irgendwann einmal der Vergangenheit angehören könnten – diese Perspektive konnte und wollte niemand eröffnen.

Maria Kreiner, Politikwissenschaftlerin an der Universität Osnabrück, unternimmt mit ihrem Beitrag »Rechtsradikalismus als Antwort auf eine gesellschaftliche Krise« einen sehr lesenswerten »Erklärungsversuch nach Hannah Arendt« zum Phänomen des Dauerkonflikts Rechtsradikalismus.

Europa gilt den Nationalkonservativen in vielen Ländern des Kontinents als ein Moloch, eine bürokratische Maschine, in der die besonderen Voraussetzungen der einzelnen Mitgliedstaaten egalisiert werden, in der die spezifische Kultur, Geschichte und Sprache, die die Menschen als Kennzeichen ihrer Heimat schätzen, zu Grunde zu gehen drohen. Tatsächlich besteht ein grundlegender theoretischer Widerspruch zwischen den einzelnen Nationalstaaten Europas und ihrer politischen Vereinigung in der Union: Diese praktische Aufgabe bzw. Übertragung staatlicher Souveränität, die im Prozess der europäischen Integration einvernehmlich stattfindet, ist indessen ohne Alternative, denn eine Nationalstaatlichkeit, deren Interessens- und Handlungsfeld an den eigenen Schlagbäumen endete, wäre ein gefährlicher Anachronismus.

Hans-Gert Pötering hielt als Präsident des Europäischen Parlaments am 3. Oktober 2007, dem Tag der Deutschen Einheit, den Festvortrag im Rahmen der Friedensgespräche unter dem Titel: »*Europa sieht Deutschland: 50 Jahre europäische Einigung als Friedensprozess*«. Er legte dar, welchen Weg die Staaten und Gesellschaften in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit der europäischen Integration zurückgelegt haben. »Europa lebt in Vielfalt weiter und sucht doch nach dem Nutzen durch Einheit«, so Pötering. Die bisherige Bilanz sei indessen eindeutig: »Deutschland hat, wie unsere Partner auch, vom Prozess der europäischen Einigung nachhaltig profitiert, ideell und materiell«. Auch im Hinblick auf die Zukunft äußerte sich Pötering zuversichtlich: »Heute dürfen wir unseren Jugendlichen mit gutem Gewissen sagen, dass sie ihr ganzes künftiges Leben in Europa wahrscheinlich im Frieden erleben werden«. Das wäre eingedenk der zurückliegenden kriegsträchtigen Jahrhunderte zweifellos ein Fortschritt. Für ein positives Ziel europäischer Politik hatte der Parlamentspräsident einen weiteren Vorschlag: »Ich meine, beim Klimaschutz in der Welt liegt eine wunderbare Führungsaufgabe für uns Europäer«, so Pötering.

Die mit dem globalen Klimawandel verbundenen »Herausforderungen für Erde und Menschheit« – fraglos einem weiteren, absehbar dauerhaften Konfliktfeld – befassten sich die Osnabrücker Friedensgespräche in einer gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Deutschen Stiftung Friedensforschung organisierten Podiumsveranstaltung, bei der der Stifter des Alternativen Nobelpreises *Jakob von Uexküll* in einem engagierten Statement Gründe zur Umkehr bisheriger Entwicklungen und Auswege aus einer katastrophalen Fehlentwicklung aufzeigte. Die »wirtschaftliche Globalisierung«, so der Gründer des *World Future Council*, sei nur der »letzte Versuch, den natürlichen Grenzen des Wachstums zu entkommen, indem man in den ökonomischen und ökologischen Raum anderer Länder hineinwächst«. Die daraus entspringende potentielle Bedrohung des Friedens sei unabweisbar: »Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltrisiko, sondern bedroht unsere Sicherheit, Menschenrechte, Hunger- und Armutsbekämpfung und vieles mehr«, sagte von Uexküll, der

bereits seit 30 Jahren »Projekte der Hoffnung« mit dem Alternativen Nobelpreis auszeichnet.

Mit Jakob von Uexküll war *Bianca Jagger* nach Osnabrück gekommen, die in einer sehr persönlich gehaltenen, autobiografisch angelegten Ansprache ihren Werdegang unter dem Eindruck der Diktatur in ihrem Heimatland Nicaragua schilderte. Bianca Jagger beeindruckte als eine Persönlichkeit, die mit Entschiedenheit und Ausdauer in vielen Menschenrechtskampagnen mitgewirkt hat und dem Publikum Mut machen wollte, den Herausforderungen der Zukunft ebenfalls aktiv und mit Zuversicht gegenüberzutreten.¹

Das Konzert »musica pro pace« bot einmal mehr ein künstlerisches Highlight im Veranstaltungsprogramm der Osnabrücker Friedensgespräche. Mit friedensmusikalischen Chorwerken der französischen Barockkomponisten *Jean-Baptiste Lully* und *Sébastien de Brossard* erklangen höchst selten gespielte Stücke zum Osnabrücker Friedenstag, mit dem an die Wiederkehr des Westfälischen Friedensschlusses erinnert werden sollte.

Henning Buck

¹ Eine Video- und Audiozeichnung des Statements von Bianca Jagger ist von der Internetseite der Friedensgespräche abrufbar (http://www.ofg.uos.de/ofg_2007/gesprach_2007_4.htm)